

Beseitigung der Masche mit der unfairen Rente-Leistung-Berechnung

Standpunkt von Johannes Kaiser, Landtagsabgeordneter

Im Rahmen der Landtagsdebatte über die Volksinitiative der DpL zur Befreiung von der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben, kamen wiederkehrende Argumente – Pro und Kontra – zur Sprache.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Sicht des Landtags ist mit jener der Unterzeichner der Volksinitiative nicht identisch, im Hohen Haus stimmten der Initiative für die Franchisen Befreiung nur sechs Abgeordnete zu, während auf der Strasse rund 3000 Menschen dieses Begehren unterzeichnet hatten. So hat nun das Volk das letzte Wort.

Ausgangspunkt ist der Rentenstillstand seit 2011

Das Grundübel liegt in der Tatsache, dass die Renten seit elf Jahren aufs Eis

gelegt wurden und es seither keine Anpassung mehr gegeben hat, obwohl die Lebenshaltungskosten der Rentnerinnen und Rentner ungleich höher geworden sind. Als die Staatshaushaltsanpassung verschiedene einschneidende Massnahmen erforderte, leistete auch die ältere Generation ihren Anteil. Ein einschneidender Finanzgriff ins Rentner-Portemonnaie war die Auflösung des Mischindex (Berücksichtigung der Lohn- und Preisindex-Entwicklung). In der Schweiz führte dieses faire Renten-Berechnungssystem in den letzten zehn Jahren zu vier Rentenanpassungen.

Die Lohnentwicklungskomponente wurde in Liechtenstein ausgehebelt im Wissen, dass dies eine langjährige Stagnation zur Folge hat. Die Folge ist auch, dass die Rente immer stärker ausgedünnt wird, immer weniger Kaufkraft hat und für die Rentner letztlich immer weniger Geld für die Lebensunterhaltskosten zur Verfügung steht. Der Preisindex bildet den viel kostenintensiveren Warenkorb der Senioren in keiner Weise ab: KK-Prämien, Gesundheitskosten, Brillen, Hörgeräte, Therapien, und dann kommen Mieten, Energiekosten und vieles mehr dazu. Dies hat die DpL bewogen, die Problemlösung mittels der Franchisen-Abschaffung zu erzielen.

Das Grundübel an der Wurzel packen

Man kann nun dafür oder dagegen sein, das Volk hat an der Urne das letzte Wort. Doch das Problem – das



Johannes Kaiser (Landtagsabgeordneter der FBP). (Foto: Michael Zanghellini)

Grundübel – an der Wurzel zu packen, liegt in der Wiedereinführung des Mischindex, damit für die Menschen ab dem Rentenalter die Rente eine wirkliche Werterhaltung erfährt – und sich nicht in einer Abwärtsspirale bewegt. Das hat mit Respekt und Wertschätzung gegenüber unserer älteren Generation zu tun, die unseren Wohlstand – auch für die jungen und mittelständischen Generationen – aufgebaut haben. Das hat auch mit Fairness und Achtung zu tun, nachdem

der Staatshaushalt nicht nur saniert ist, sondern der Staat über 2,5 Milliarden Franken auf der hohen Kante hat.

Es ist zu hoffen, dass es bei dieser Fairness-Initiative «Rentenanpassung» keine Neid- und Ausländer Bashing-Debatte gibt – Neid gegenüber «Reichen» und gegenüber Grenzgängern, da diese auch noch partizipieren, obwohl gerade sie diese finanziellen Töpfe der Sozialwerke in hohem Masse äufnen.

Landtag

«Familien stets im Fokus»

Die Familienpolitik war schon immer ein Kernthema der FBP. Gerade auch die letzten Monate hatten wir mit verschiedenen Aktionen die Familien im Blick. Bspw. setzten wir uns mehrfach für eine gute Lösung bei der Elternzeit ein oder machten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Aktuellen Stunde zum Thema. Dies sind familienpolitische Massnahmen, die zielführend sind und die wir weiterverfolgen. Allerdings mit der Giesskanne Geld an alle auszubehalten, wie es die VU mit einer Ausbildungszulage vor hat, ist u. E. nicht zielführend. Unterstützt werden sollen doch jene, die es wirklich benötigen – z. B. mit Stipendien. Einig mit der VU bin ich, dass wir die Ausrichtung der AHV stets im Fokus haben müssen. Allerdings die Regierung mit Fragen zu beschäftigen, die schon mehrfach beantwortet wurden, ist schon etwas fragwürdig. Das VU-Postulat zu «bezahlbarem Wohnraum» ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch sind die Problemstellungen bekannt und wir als FBP setzen hier auf konkrete Lösungen, anstatt nur abklären zu lassen. Der FBP geht es vor allem um den Mittelstand und eine Arbeitsgruppe wird hier Konkretes vorschlagen.



Rainer Gopp Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei
Redaktion:
Rainer Gopp
Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40
www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Statt neuer Giesskanne: Familien mit zielgerichteten Stipendien unterstützen

Kommentar von FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry

Das VU-Postulat «Finanzielle Entlastung von Familien» will eine angebliche Schiefelage zwischen CH und FL beheben. Bereits 2018 nutzte die FBP im Dez.-Landtag eine 4-köpfige Modellfamilie zum Vergleich der frei verfügbaren Mittel. Damals und heute verfügte die FL Modellfamilie – im Vergleich zu St. Gallen – über mehr freie Mittel. Das Postulat beauftragt nun die Regierung dennoch, zu prüfen, ob Liechtenstein eine Ausbildungszulage einführen soll. Im Kanton SG beträgt diese Zulage 280 CHF pro Monat. Sie wird in der Schweiz vom 18. bis zum 25. Lebensjahr gewährt. Dieser Analogie folgend zählen wir 1500 Schüler/-innen in dieser Altersgruppe und bei Anwendung von 280 CHF pro Jahr wären darum zusätzliche jährliche Kosten von CHF 5,2 Mio. nötig. Aber nicht der Betrag, sondern das Einführen einer neuen «Giesskanne» stört die FBP-Fraktion.

Vertraut die VU ihrer Bildungsministerin nicht?

2019 hat die Regierung die Überarbeitung des Stipendiengesetzes beschlossen. Mitte 2021 folgt die Vernehmlassung und aktuell werden gemäss Rechenschaftsbericht 2021 die Rückmeldungen eingearbeitet. Wenn die VU ihrer Bildungsministerin vertrauen würde, dann könnten sie auf das neue Stipendiengesetz setzen. Nach dem Willen der VU würde nun allen, auch jenen die nicht auf Unterstützung angewiesen sind, zusätzliche Gelder zukommen. Stipendien unterstützen hingegen zielgerichtet



(Foto: SSI)

und entlasten jene, die es benötigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Instrument zugunsten der Familien optimiert wird.

Für die FBP-Fraktion ist die Einführung der Elternzeit aktuell das Instrument zur Familienförderung. Bevor nicht geklärt ist, welche Summe, allenfalls aus der Familienausgleichskasse, benötigt wird, sind wir nicht bereit, neue, teure Gefässe einzuführen.

Stipendien grosszügig jenen gewähren, die es benötigen – darum nein zur Giesskanne!



Daniel Oehry Fraktionssprecher

Stiefkindadoption ab 1. Juli 2022 ohne diskriminierenden Artikel 25 Partnerschaftsgesetz möglich

Kommentar des Abgeordneten Daniel Seger

Die Stiefkindadoption für eingetragene Partner wird nun endlich auch in Liechtenstein am 1. Juli 2022 möglich sein. Gleichentags können in der Schweiz die ersten gleichgeschlechtlichen Paare die Ehe eingehen. In Liechtenstein wird dies wohl erst in Zukunft möglich sein. Betroffene und deren Angehörige hoffen, dass dies eher früher als später der Fall sein wird. Die FBP leitete zu diesem Thema bereits eine aktuelle Stunde im Landtag, auch wurde die Eintritsdebatte zur Stiefkindadoption breit geführt. Die Medien berichteten jeweils darüber. Der Landtag hat mit 12 von 25 Stimmen dem Regierungsvorschlag von Art. 25 Partnerschaftsgesetz nicht zugestimmt, sodass durch die Aufhebung des alten Art. 25 Partnerschaftsgesetzes durch den Staatsgerichtshof ab Juli 2022 dieser ersatzlos aufgehoben wird.



(Foto: SSI)

Nachdem nun klar ist, was ab 1. Juli 2022 in Liechtenstein gelten wird, werden mehrere Abgeordnete konkret einen parlamentarischen Vorstoss vorbereiten und einbringen. Es wird dabei v.a. um die Öffnung der Ehe für alle, die gemeinsame und Sukzessivadoption und allfällig weiterer noch bestehenden Ungleichbehandlungen von gleich- und gemischtgeschlechtlichen Paaren gehen.

FLay hat bereits für den 11. Juni 2022 die erste Pride in Liechtenstein angekündigt. Es wird unter anderem eine Podiumsdiskussion und Ansprachen geben. Die öffentliche Diskussion wird dort weitergeführt werden. Auch für Gemütlichkeit und das leibliche Wohl wird gesorgt sein. Ich appelliere: «Bringen Sie sich ein und nehmen sie an der Diskussion teil, damit diese gewünschte Diskussion möglichst breit und tief geführt wird.» Denn nur wenn sich viele einbringen, auch die Gegner oder Personen, die Mühe haben, kann eine lebendige und lösungsorientierte Diskussion geführt werden. Ich freue mich, wenn möglichst viele an der ersten Pride in Liechtenstein teilnehmen!



Daniel Seger Abgeordneter